

Marvin Bender, Matthias Bianchi, Karina Hohl, Andreas Jüschke, Jan Schoofs & Jan Treibel

# Der Duisburger NRW-Wahl-Index (DWI) 2012

Policy-Positionen der Parteien CDU, SPD, Grüne, FDP, Linke und Piraten  
zur Landtagswahl 2012 im Vergleich.

15. Mai 2012

**NRW** | School of Governance  
[www.nrwschool.de](http://www.nrwschool.de)

UNIVERSITÄT  
DUISBURG  
ESSEN

#### Redaktion

Matthias Bianchi, M.A.  
Tel. +49 (0) 203 / 379 - 4106  
Fax +49 (0) 203 / 379 - 3179  
[matthias.bianchi@uni-due.de](mailto:matthias.bianchi@uni-due.de)

#### Wissenschaftliche Koordination

Kristina Weissenbach, M.A.  
Tel. +49 (0) 203 / 379 - 3742  
Fax +49 (0) 203 / 379 - 3179  
[kristina.weissenbach@uni-due.de](mailto:kristina.weissenbach@uni-due.de)

#### Sekretariat

Anita Weber  
Tel. +49 (0) 203 / 379 - 2045  
Fax +49 (0) 203 / 379 - 3179  
[anita.weber@uni-due.de](mailto:anita.weber@uni-due.de)

#### Herausgeber (V.i.S.d.P.)

Univ.-Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte

#### Redaktionsanschrift

Redaktion Regierungsforschung.de  
NRW School of Governance  
Institut für Politikwissenschaft  
Lotharstraße 53  
47057 Duisburg  
Tel. +49 (0) 203 / 379 - 2706  
Fax +49 (0) 203 / 379 - 3179  
[redaktion@regierungsforschung.de](mailto:redaktion@regierungsforschung.de)

[www.nrwschool.de](http://www.nrwschool.de)  
[www.forschungsgruppe-regieren.de](http://www.forschungsgruppe-regieren.de)  
[www.politik.uni-duisburg-essen.de](http://www.politik.uni-duisburg-essen.de)

## Der Duisburger NRW-Wahl-Index (DWI) 2012

Policy-Positionen der Parteien CDU, SPD, Grüne, FDP, Linke und Piraten zur Landtagswahl 2012 im Vergleich.

Das [vorläufige Ergebnis](#) der Landtagswahl in NRW 2012 steht fest: Die Wählerinnen und Wähler haben der rot-grünen Regierung um Ministerpräsidentin Hannelore Kraft eine – in diesem Ausmaß sicherlich auch unerwartet – klare Mehrheit für die kommenden fünf Jahre beschert. Sechs Parteien hatten [laut Umfragen](#) vor der Wahl eine realistische Chance in den Düsseldorfer Landtag einzuziehen - mehr als jemals zuvor in Nordrhein-Westfalen. Früh stand am Wahlabend fest, dass „nur“ fünf Fraktionen in der 16. Wahlperiode im Düsseldorfer Landtag vertreten sein werden. Die Linke.NRW muss ihre elf Sitze im Plenum räumen, 20 Piraten ziehen stattdessen erstmals in das Landesparlament des bevölkerungsreichsten Bundeslandes ein.

Die Ergebnisse vom 13. Mai 2012 deuten aufgrund ihrer Klarheit eigentlich auf einen stark polarisierend geführten Inhaltswahlkampf hin. In der Wahlberichterstattung wurde hingegen ein ganz anderes Bild des Wahlkampfes nachgezeichnet: Inhaltslos und personenzentriert, schlussendlich standen „Herz“ (Kraft) oder „Kopf“ (Röttgen) zur Wahl. Der überraschende Erfolg der FDP wurde auf den „Lindner-Effekt“ reduziert. Was sich durch den gesamten (kurzen) Wahlkampf gezogen hatte, blieb letztendlich auch am Wahlabend konturlos: die Frage, mit welcher konkreten Programmatik die Parteien eigentlich zur Wahl angetreten sind und wie sie sich inhaltlich voneinander unterscheiden.

Die Erklärungskraft einer eindimensionalen Verortung der Parteien im klassischen links-rechts Spektrum ist drastisch erodiert. Das Fünf- bzw. das Sechs-Parteien-System erfordert eine neue, eine adäquatere Einteilung. Dies hat sich auch im NRW-Wahlkampf widerspiegelt. Der Koalitionsmarkt ist in Bewegung, auch wenn es in Düsseldorf für ein klassisches Zweierbündnis erreicht hat. Lediglich SPD und Grüne äußerten im Wahlkampf verhaltenen den Wunsch auf die Fortsetzung des bestehenden Bündnisses. Weitergehende Koalitionsabsichten vermisste man gänzlich - die CDU und die FDP, beide von der Oppositionsbank aus in den Wahlkampf gezogen, gingen lieber auf Distanz zueinander, als sich gemeinsam als Alternative zum Regierungsbündnis zu positionieren. Die LINKE.NRW und die Piraten deklarierten sich gleich zu Wahlkampfbeginn als künftige Oppositionsparteien.

Das Politikmanagement der rot-grünen Minderheitsregierung hat in der vergangenen Legislaturperiode zudem illustriert, dass im Fünf-Parteien-Parlament abseits traditionelle politischer Lagerverortung durchaus gegenstandsbezogene Themenmehrheiten in unterschiedlichen Konstellationen organisiert werden können. Wechselnde Mehrheiten wurden von den beiden Regierungsparteien mit der Linken, aber auch mit der CDU (Schulkonsens) und der FDP (Stärkungspakt Stadtfinanzen) geschlossen. Es stellt sich also vermehrt die Frage, was denn nun sozialde-

mokratische Landespolitik ausmacht und wie sie sich z.B. von christdemokratischen Inhalten unterscheidet? Wo liegen die Unterschiede bei den Grünen und den Liberalen in der Kommunalpolitik? Wo sind die Piraten programmatisch zu verordnen? Und inwieweit vertreten SPD und die Grünen überhaupt gemeinsame Positionen? Antworten auf diese Fragen liefert der DWI.

Der Duisburger Wahl Index (DWI) codiert einzelne Policy-Positionen in Wahlprogrammen, die mit Hilfe quantitativer und qualitativer Analysemethoden in einem zweidimensionalen Raum auf einer sozioökonomischen<sup>1</sup> und einer soziokulturellen<sup>2</sup> Achse dargestellt werden. In Studien zur Bundestagswahl 2009 (Treibel 2010) und zur [Landtagswahl NRW 2010](#) (Bender et al. 2010) wurde ein umfassender theoretischer und methodischer Rahmen für die Programmanalyse entwickelt. Darauf aufbauend konnte eine Reihe von Kurzanalysen (z.B. zur [Landtagswahl in Rheinland-Pfalz 2011](#)) zu diversen Landtagswahlen in den vergangenen beiden Jahren erstellt werden. Eine solche Kurzanalyse wird hier zur Landtagswahl 2012 in NRW präsentiert.

### **Geschrumpfte Parteiprogrammatik – Methodische Implikation für die Programmanalyse.**

An dieser Stelle müssen einige spezifische methodische Probleme der Programmanalyse zur Landtagswahl 2012 in NRW angesprochen werden, da sie mitunter Auswirkungen auf die Validität der hier präsentierten Ergebnisse haben können.

Durch die vorgezogene Neuwahl und den daher stark verkürzten Wahlkampf blieb (anscheinend zu) wenig Zeit für die Parteien, um sich im gewohnten Umfang programmatisch positionieren zu können und zentrale Themen auf die Wahlkampfgenda zu setzen. Aus diesem Grund ging ein Großteil der Parteien – im Vergleich zu Wahlkämpfen von regulärer Dauer – mit deutlich kürzeren Programmen in den NRW-Neuwahlkampf: Dabei ist das umfangreichste Programm, das der [LINKE.NRW](#), mit 68 Seiten rund 17 Mal länger als der [Wahlaufruf der FDP](#), der gerade einmal vier Seiten umfasst. Die Piraten haben ein 54 Seiten starkes [Programm](#) verfasst, der [Wahlaufruf der CDU](#) umfasst 17 Seiten, die SPD breitet ihr „[Regierungsprogramm](#)“ auf 22 Seiten aus, die Grünen liefern hingegen ein „[Update](#)“ ihres „GRÜNEN Zukunftsplan 2010“ (228 Seiten) für 2012 auf 52 Seiten.

Somit lassen sich aus den Programmen auch unterschiedliche Wahlkampfstrategien der Parteien ablesen: Die FDP setzte mit Spitzenkandidat Christian Lindner eher auf einen stark personali-

---

<sup>1</sup>So kann zum einen eine horizontale Stufung zwischen Befürwortern des Marktliberalismus auf der einen und der Sozialstaatlichkeit auf der anderen Seite beobachtet werden. Dieser Gegensatz zielt auf die sozioökonomische Dimension der Politik, auf gesellschaftliche Verteilungsfragen ab. Der Gegensatz kann generell auch als Weiterentwicklung der alten Konfliktlinie Kapital vs. Arbeit verstanden werden.

<sup>2</sup> Die zweite Achse erkennt eine vertikale Unterteilung der Gesellschaft und des Parteiensystems in traditionelle und moderne Orientierungen. Dieser Gegensatz nimmt die kulturelle Dimension der Politik in den Blick: Konservative Modelle, die als autoritätsorientiert, traditionell und materialistisch gekennzeichnet werden können, steht ein modernes Verständnis von libertären, selbstbestimmten und postmaterialistischen Ideen gegenüber. Dieser Gegensatz vereint die älteren Konfliktlinien Kirche vs. Staat und Land vs. Stadt und den moderneren Konflikt zwischen Materialisten und Postmaterialisten in einem Gegensatz.

sierten Wahlkampf, denn auf Themen. Die GRÜNEN besserten ihr bestehendes Wahlprogramm in einigen Punkten durch ein „Update“ punktuell nach und die CDU nutzte ihren Wahlauftritt zu- vorderst für eine Abrechnung mit der rot-grünen Minderheitsregierung und thematisierte kaum eigene zentrale Wahlkampfissues. Die SPD stellte hingegen die eigenen Erfolge aus der vergan- genen Legislaturperiode hervor und Hannelore Kraft dabei klar in den Mittelpunkt. Die Piraten legten ein thematisch sehr breit gefächertes Programm vor, das allerdings langfristig ausgerich- tet ist, daher eher Grundsatzprogrammcharakter hat und kaum Parteipositionen zu akuten lan- despolitischen Themen enthält.

Die oben beschriebenen Unterschiede zwischen den Programmen fallen dabei wesentlich stär- ker ins Gewicht, als dies in bisherigen DWI-Analysen der Fall war. Der DWI arbeitet mit vorab definierten Issues, die eine Vergleichbarkeit zwischen den verschiedenen Programmen erst er- möglichen (vgl. Bender et al. 2010: 2ff.). Bisher konnten für sämtliche DWI-Analysen jeweils vier Issues in 14 verschiedenen Politikfeldern definiert werden, davon jeweils drei Salienz-<sup>3</sup> und ein Valenz-Issue(s),<sup>4</sup> insgesamt wurden also die Parteipositionen zu 56 Sachfragen codiert. Bei Landtagswahlen wurde zudem spezifische landespolitische Issues definiert.

Für die Landtagswahl in NRW ist dies allerdings, aufgrund der unterschiedlichen Ergiebigkeit der Wahlprogramme, nicht in demselben Umfang möglich gewesen. Es konnten nunmehr Issues für 11 verschiedene Politikfelder definiert werden. Zudem musste die Anzahl der zu codieren- den Issues in jedem Politikfeld reduziert werden, da die Parteien nur in einem sehr begrenzten Rahmen konkret Position zu vergleichbaren Issues bezogen haben – die programmatische Hete- rogenität ist allgemein sehr hoch. Um dennoch Vergleichbarkeit gewährleisten zu können, muss- ten Positions-Issues definiert werden, die von mindestens der Hälfte der sechs analysierten Par- teien konkret mit einer Pro- oder mit einer Contra-Positionierung erwähnt wurden. Auf Valenz- Issues wurde im DWI 2012 hingegen gänzlich verzichtet, da sich ein Vergleich aufgrund des stark divergierenden Umfangs der Wahlprogramme nicht angeboten hat. Landesspezifische Is- sues konnten darüber hinaus nicht identifiziert werden. Insgesamt ergeben sich für den DWI 2012 zur Wahl in Nordrhein-Westfalen 21 Issues<sup>5</sup>.

---

<sup>3</sup>Salienz-Issues, auch Positions-Issues genannt (Pappi/Shikano 2004: 5), können eindeutig durch eine Pro- oder Con- tra-Position verschlüsselt werden. Ihnen werden entweder der Wert -1 oder +1, bei keiner Nennung bzw. neutraler Position 0 zugeordnet. Beispiele für Salienz-Issues sind die Gegensätze Steuererhöhung vs. Steuersenkung, gegliedertes vs. integratives Schulsystem oder Atomenergie vs. Atomausstieg.

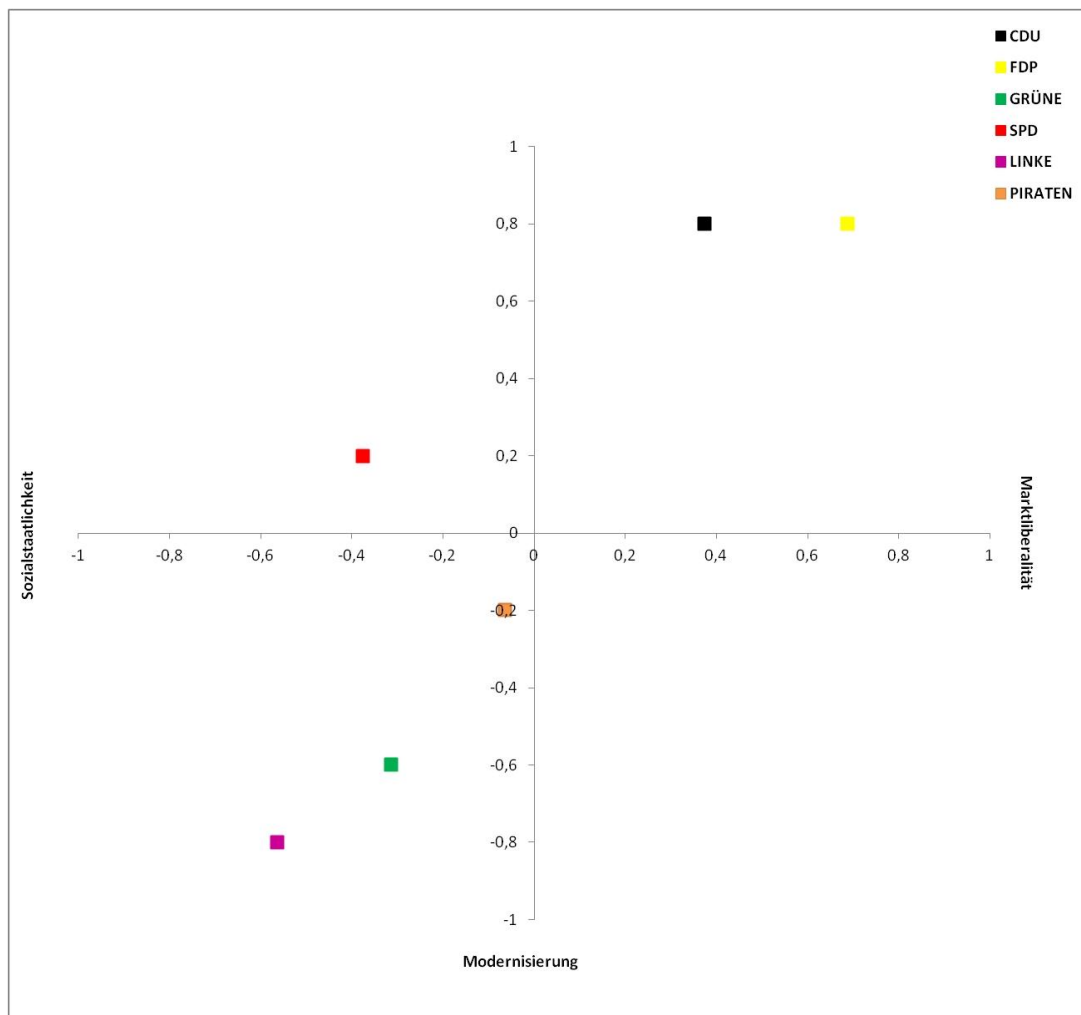
<sup>4</sup> Valenz-Issues wurden hingegen so definiert, dass keine Gegenpositionen auftreten (Pappi/Shikano 2004: 5). Ent- scheidend ist vielmehr die Häufigkeit, mit der das Thema im Text vorkommt. Grundgedanke ist die Annahme, dass nur durch einen hohen sprachlichen Anteil eines Themas am Gesamtprogramm die eigene Stärke und Kompetenz der Partei auf diesem Politikfeld hervorgehoben werden kann. Konkret wird bei Valenz-Issues zunächst die relative Häu- figkeit des Begriffs im Text im Verhältnis zur Gesamtwörterzahl erhoben. Dem Grundsatz bzw. Wahlprogramm, in dem der Begriff am häufigsten vorkam, wurde so der absolute Wert -1 bzw. +1 zugeordnet. Den anderen Programmen wurde entsprechend ihres Anteils am Prozentsatz des Programms, in dem der Begriff am häufigsten vorkommt, ein Wert zwischen 0 und -1 bzw. 0 und +1 zugeordnet (bei Nichtnennung 0).

<sup>5</sup> Eine Aufstellung der codierten Issues für die Landtagswahl 2012 in NRW befindet sich im Anhang dieses Dokuments.

## DWI für NRW 2012: Das sind die Ergebnisse.

Die von den Parteien im Turbowahlkampf deutlich zusammengeschrumpfte Parteiprogrammatik bietet – trotz der angesprochenen methodischen Implikationen – durchaus interessante Ergebnisse. Um die programmatische Nähe bzw. Distanz zwischen den Parteien zu veranschaulichen, sind nachfolgend die gesamten erhobenen Werte der Parteien entlang der beiden Konfliktlinien in einem zweidimensionalen Graphen zusammengefasst und abgebildet (*Abbildung 1*). Dabei gilt: Je größer die Distanz zwischen zwei Punkten, desto größer der inhaltliche Unterschied zwischen den Wahlprogrammen.

*Abbildung 1: Programmatische Positionen der Parteien NRW 2012*



*Quelle: Eigene Darstellung*

*Abbildung 1* illustriert die programmatische Verortung der sechs Parteien in einem zweidimensionalen Raum. Eine klare Lagerbildung ist dabei nicht zu beobachten, hingegen zeichnet sich ein eher fragmentiertes Bild ab. Zwei Parteien bedienen die äußersten Ränder des Spektrums. Zum einen – und wohl kaum überraschend – ist die LINKE.NRW die Partei, die sich mit ihrer Programmatik am stärksten zum Pol der Sozialstaatlichkeit positioniert hat. Im Wahlprogramm der

Partei findet sich der Leitspruch „Öffentlich statt Privat“, der sinnbildlich für die gesamte Programmatik auf der sozioökonomischen Konfliktlinie steht. Sie richtet sich inhaltlich also klar an dem sozio-ökonomischen Ideal der Sozialstaatlichkeit aus. Die LINKE.NRW vertritt überdies auf der sozio-kulturellen Konfliktlinie das libertärste/modernste Wertesystem von allen analysierten Parteien. Die Wählerinnen und Wähler in NRW haben dies allerdings nicht an der Wahlurne belohnt: Trotz – oder wegen – der konsequenten programmatischen Ausrichtung ist die Partei nicht mehr im Landtag vertreten.

Programmatisch steht die FDP auf beiden Achsen quasi diametral zur LINKEN.NRW. Und das, obwohl der Spitzenkandidat der NRW FDP, Christian Lindner, im Wahlkampf die [sozialliberale-Tradition in NRW](#) betonte und in regionalen Medien als der [moderne und unideologische](#) Kopf der FDP gepriesen wurde. Das Programm der Liberalen ist konsequent marktliberal. Das Leitbild der Liberalen „Freiheit vor Gleichheit, Privat vor Staat, Erarbeiten vor Verteilen“ spricht hier eine deutliche Sprache. Und die hat allem Anschein nach Anklang bei der Wählerschaft gefunden. In soziokulturellen Fragen stehen die Liberalen überraschenderweise gemeinsam mit der CDU für traditionellere Programmpunkte ein. Allerdings fällt der geringe Umfang des auf vier Seiten konzentrierten FDP-Programms hier stark ins Gewicht. So treffen die Freien Demokraten bspw. überhaupt keine Aussage zur Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Die Christdemokraten und die Liberalen stehen sich inhaltlich insgesamt, also auch in sozioökonomischen Programmaspekten, am nächsten. Die programmatische Distanz zwischen FDP und den beiden Regierungsparteien ist hingegen deutlich stärker ausgeprägt, inhaltliche Schnittmengen mit der SPD sind eher auf der soziokulturellen Achse zu verzeichnen. In wirtschafts- und finanzpolitischen Themengebieten ist die Distanz von der FDP zu beiden Regierungsparteien, zur SPD und zu den Grünen, fast gleich groß.

Die inhaltliche Kongruenz zwischen den beiden Regierungsparteien ist relativ hoch - insgesamt weisen die beiden Koalitionspartner die geringste programmatische Distanz aller Parteien auf. Auf der sozioökonomischen Achse stehen sich die Parteien inhaltlich sogar sehr nahe: Kaum inhaltliche Differenzen bestehen bei Themen wie z.B. bei der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes, bei der Verabschiedung eines strengeren Nichtraucherschutzes in NRW oder bei der Beibehaltung der Gewerbesteuer. In soziokulturellen Programmpunkten vertritt die SPD allerdings deutlich traditionellere Positionen als die Grünen. Hier muss allerdings explizit auf die hohe Anzahl der mit 0 codierten Issues (neutral bzw. keine Aussage) im SPD-Programm hingewiesen werden.

Die Newcomer, die Piraten, richten sich programmatisch zwar ebenfalls zum Pol der Sozialstaatlichkeit hin aus, dies allerdings weniger deutlich als es SPD, Grüne und Linke tun. Die Piraten als neue “Partei der Mitte“ zu bezeichnen, wäre trotzdem verfehlt: Insbesondere bei den Piraten musste ein Großteil der Issues im Programm mit dem 0-Wert (neutral bzw. keine Aussage) codiert werden. Die Piraten haben sich insgesamt zu sehr vielen Fragen positioniert, oftmals sind dies aber eben nicht die Sachthemen gewesen, die auch die anderen Parteien im Wahlkampf

angesprochen haben. Während die Piraten z.B. langfristig auf einen komplett fahrscheinlosen öffentlichen Nahverkehr in NRW hinarbeiten, fordern die anderen Parteien konkret die Einführung eines Sozialtickets. Dadurch ist die Positionierung der Piraten hier mit großem Vorbehalt zu betrachten. Tendenziell scheint das Programm der Piraten inhaltlich deutlicher an den beiden Polen „Sozialstaatlichkeit“ und „Modernisierung“ ausgerichtet zu sein als es in dieser Analyse dargestellt werden kann.

### **Fazit: Personen statt Programme.**

Wahlprogramme sind ein wichtiges Kennzeichen von Parteien: Sie dienen gleichermaßen zur innerparteilichen Konfliktschlichtung, als Richtschnur für Wähler bei ihrer Wahlentscheidung und sind Grund- und Ausgangslage für Koalitionsverhandlungen zur Bildung einer neuen Regierung. Im NRW-Wahlkampf haben die Parteien ihre Programmarbeit allerdings kaum akzentuiert. Und dies kann nicht ausschließlich auf den Zeitdruck durch die Neuwahlsituation zurückgeführt werden: Denn einige Parteien – insbesondere die LINKE. NRW und die Piraten - haben durchaus umfangreiche Programme formuliert. Dominiert haben den kurzen Wahlkampf eher die Spitzenkandidaten der Parteien und abstraktere Themen wie z.B. die „Haushaltskonsolidierung“, die allerdings kaum konkrete Pro- und Contra-Debatten ermöglichten. Personen statt Programme – so könnte der Wahlkampf in NRW zumindest grob zusammengefasst werden. Dennoch lassen sich – trotz methodischer Vorbehalte – auch einige Aussagen aus den Programmen der Parteien entnehmen. Zentrale Ergebnisse der DWI-Studie im Überblick:

- Die höchste inhaltliche Übereinstimmung lässt sich zwischen den Programmen der beiden bisherigen Regierungsparteien nachweisen. Insbesondere auf der soziökonomischen Konfliktlinie, die bei der Analyse in diesem Wahlkampf ohnehin eine stärkere Berücksichtigung erfahren hat, gibt es große inhaltliche Schnittmengen. Die beiden Regierungsparteien werden gemeinsame Punkte, die zu einem Teil auch noch aus der Koalitionsvereinbarung von 2010 stammen, nun mit einer komfortablen Mehrheit im Landtag umsetzen können.
- CDU und FDP, die sich im Wahlkampf relativ konsequent voneinander abgegrenzt haben, verfügen ebenfalls über große programmatische Schnittmengen. Gemeinsamkeiten sind in der Analyse allerdings deutlicher auf der soziokulturellen Konfliktlinie festgestellt worden. Aus der Opposition heraus können beide Parteien, insbesondere aber die FDP, einen klaren programmatischen Gegenkurs zu SPD und Grünen fahren.
- Die Piratenpartei ist programmatisch momentan noch nicht präzise zu verorten. Das Wahlprogramm hat eher den Charakter eines Grundsatzprogramms. Allerdings konnten etliche Programmpunkte der Piraten in dieser Analyse nicht ausreichend berücksichtigt werden. Inhaltlich stehen die Piraten allerdings eher den beiden Regierungsparteien nahe.

- Die Partei mit dem umfangreichsten Programm und der konsequentesten programmatischen Ausrichtung hat den Wiedereinzug in den Landtag verpasst. Die LINKE.NRW wird nun außerparlamentarische Oppositionsarbeit leisten müssen.

## Literatur

**Bender, Marvin / Bianchi, Matthias / Jüschke, Andreas / Treibel, Jan (2010):** Der Duisburger NRW-Wahl-Index. Policy-Positionen der Parteien CDU, SPD, Grüne, FDP und Linke vor der Landtagswahl 2010 im Vergleich. Erschienen in: Regierungsforschung.de, Schwerpunktthema "Regierungsbildung NRW", online verfügbar unter:

<http://www.regierungsforschung.de/dx/public/article.html?id=32&show=type-3&by=articletype>

**Pappi, Franz Urban / Shikano, Susumu (2004):** Ideologische Signale in den Wahlprogrammen der deutschen Bundestagsparteien 1980 bis 2002, MZES Working Papers Nr. 76, Mannheim.

**Treibel, Jan (2010):** Was stand zur Wahl 2009? Grundsatzprogramme, Wahlprogramme und der Koalitionsvertrag im Vergleich, in: Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2009. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung, Wiesbaden, S. 89-116.?



## Anhang

### Codierungsmatrix zur Landtagswahl Nordrhein-Westfalen 2012

<b>Politikfeld</b>	<b>Issue</b>
<b>Achse Marktliberal vs. Sozialstaatlich</b>	
Wirtschaftspolitik	Privat (+1) – Staat (-1) Abbau von Subventionen (+1) – Ausweitung von Subventionen (-1) Ladenöffnungszeiten liberalisieren (+1) – Ladenöffnungszeiten regulieren (-1)
Finanzpolitik	Keine Steuererhöhung (+1) - Steuererhöhung (-1) Schuldenbremse in Verfassung verankern (+1) - Schuldenbremse nicht in Verfassung verankern (-1) Strengere kommunale Finanzaufsicht (+1) – finanzielle Selbstverwaltung der Kommunen (-1)
Kommunalpolitik	Beibehaltung Gewerbesteuer (+1) – neue Formen konjunkturabhängiger Kommunalsteuern (-1) Mehr private Partnerschaften (+1) – weniger private Partnerschaften (-1)
Bildungspolitik	Gegen die komplett beitragsfreie KITA (+1) - für die komplett beitragsfreie KITA (-1) Stärkung Hochschulfreiheitsgesetz (+1) – Abschaffung Hochschulfreiheitsgesetz (-1) Einführung Studiengebühren (+1) – Keine Studiengebühren (-1)
Gesundheitspolitik	An bestehenden Regelungen des Nichtrauchererschutzes festhalten (+1) - strengerer Nichtrauchererschutzes (-1)
Arbeitsmarkt-/Sozialpolitik	Tarifpartnerlösung Lohnuntergrenze (+1) – Einführung gesetzlicher Mindestlohn (-1) Personalabbau öffentlicher Dienst (+1) – Mehr Personal im öffentlichen Dienst (-1) Leistungsgerechtigkeit (+1) – Verteilungsgerechtigkeit (-1)
Verkehrspolitik	Ausbau Straßennetz (+1) – kein Ausbau des Straßennetzes (-1)
<b>Achse Traditional vs. Modern</b>	
Umweltpolitik / Energie	Gegen Klimaschutzgesetz (Land) (+1) – Für Klimaschutzgesetz (Land) (-1) Bau neue Kohlekraftwerke (+1) – Kein Bau neuer Kohlekraftwerke (-1)
Innenpolitik	Beibehaltung des Verfassungsschutzes (+1) – Abschaffung des Verfassungsschutzes (-1)
Bildung	Erhalt Gymnasium (+1) - Abschaffung Gymnasium (-1)
Verkehrspolitik	kein Tempolimit auf Autobahnen (+1) – Generelles Tempolimit (120 km/h) auf Autobahnen (-1)